

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

1. Ausgabe / 31. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

16. Februar 2021

Pressemitteilung der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle und des Stadtvorstandes von DIE LINKE Halle

Zum haleschen Impfskandal erklärt die Fraktion DIE LINKE:

„Die Stadtratsfraktion hat sich am Montag (08.02.21) gemeinsam mit dem Stadtvorstand der LINKEN zum aktuellen Impfskandal beraten. Der Aufarbeitung eigener Fehler wurde dabei angemessener Platz eingeräumt. Dass unser Fraktionsvorsitzender Bodo Meerheim eine Ad-hoc-Impfung in Anspruch genommen hat, wurde von ihm am Samstag öffentlich gemacht. Für dieses politische und moralische Fehlverhalten bitten Bodo Meerheim und die Stadtratsfraktion wiederholt vor allem bei denjenigen um Entschuldigung, die jetzt regulär mit einer Impfung an der Reihe sind und weiter auf Impfstoff warten müssen.

Zur kritischen Betrachtung unserer eigenen Rolle gehört auch das Eingeständnis, Anzeichen und die Tragweite des Impfskandals nicht erkannt zu haben. Circa anderthalb Wochen vor dessen Bekanntwerden hat der Oberbürgermeister unserer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Stadtratsvorsitzenden Katja Müller telefonisch das Angebot unterbreitet, sich für eine Ad-hoc-Impfung anzumelden. Katja Müller hat das Angebot abgelehnt. Richtig wäre gewesen, es nicht nur persönlich abzulehnen, sondern öffentlich zu hinterfragen und zu kritisieren.

Diese Fehler wollen wir nicht wiederholen.

Wir haben erst gemeinsam agiert, als der Skandal schon öffentlich war. Das zieht einen Vertrauensverlust nach sich, der, wie die Kritik an uns, verständlich ist. Wir wollen verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen, indem wir uns an der Aufklärung beteiligen und das Geschehene öffentlich machen. Dazu gehört auch, dass Bodo Meerheim insgesamt dreimal Mal kontaktiert wurde, um eine Impfung zu erhalten. Das lässt an der Geschichte des OB über einen „Zufallsgenerator“ große Zweifel aufkommen. Im Sinne der Aufklärung fordern wir, dass sowohl der Hauptausschuss als auch der Stadtrat zu einer Sondersitzung zusammentreten. Der Oberbürgermeister muss die offenen Fragen zum Impfskandal lückenlos

beantworten. Es kann nicht sein, dass er den gesamten Stadtrat als Mitwisser seines zweifelhaften Ad-hoc-Impfverfahrens hinstellt. Sowohl in der Fraktionsvorsitzendenrunde als auch im nichtöffentlichen Teil des Hauptausschusses wurde kommuniziert, dass sich Stadträt*innen in der Kategorie 3 impfen lassen und sich dafür in Listen eintragen können. Das Ad-hoc-Impfverfahren war zunächst nur den Stadträt*innen bekannt, die dann offensichtlich angerufen wurden, um, anders als vorher kommuniziert, die Impfung mit einer Wegwerfdosis in Anspruch nehmen zu können. Zumindest im Fall unseres Fraktionsmitgliedes Katja Müller lässt sich festhalten, dass Stadträtinnen, auch ohne sich in irgendeine Liste eingetragen zu haben, mit derart unmoralischen Angeboten konfrontiert wurden.

Fakt ist: Mit der täglich in den Pressekonferenzen zur Schau gestellten Intransparenz muss Schluss sein.“ Der Stadtvorstand von DIE LINKE Halle erklärt dazu:

„DIE LINKE kämpft seit Jahren dagegen, dass Privilegien, die mit Ämtern einhergehen, missbraucht werden. Umso mehr bedauern wir, dass im Zuge des Impfskandals auch in unseren Reihen schwere Fehler gemacht wurden, die wir scharf kritisieren. Wir fordern die konsequente Aufklärung des Impfskandals und erwarten von unserer Stadtratsfraktion, dass sie diese vorantreibt.

Es liegt jetzt an uns, gemeinsam Vertrauen wiederzugewinnen und deutlich zu machen, dass DIE LINKE dafür steht, die Corona-Krise solidarisch zu bewältigen. Erste Aufgabe ist daher, auf die strikte Einhaltung des RKI-Impfplans zu drängen. Wenn der Oberbürgermeister erklärt, dass er jetzt Impfdosen wegwerfen will, die gesamte Schuld auf das Land abwälzt und es für unmöglich hält, Impfketten anhand der RKI-Priorisierung zu organisieren, dann geht der Skandal weiter.

weiter aus Seite -2-

Pressemitteilung der Fraktion DIE LINKE... Fortsetzung von Seite -1-

Seine trotzigsten Reaktionen sind das absolut falsche Signal.

Alle politischen Verantwortungsträger*innen sind gefordert, das Vertrauen der Bürger*innen zurückzugewinnen. Wir unterstützen daher die schnellstmögliche Einberufung von Hauptausschuss und Stadtrat mit dem Ziel, den ohnehin knappen Impfstoff möglichst effizient anhand der Vorgaben des Robert-Koch-Instituts einzusetzen. Das Verfahren dazu muss transparent sein und der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Dass es auch in anderen Landkreisen Sachsen-Anhalts zu Impfungen außerhalb der vorgesehenen Impf-

reihenfolge kam, zeigt, dass das Land seine Vorgaben an die Kommunen prüfen muss. Wir erwarten von allen LINKEN Mandatsträger*innen, dass sie sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen.

Als Stadtverband wollen wir uns in den nächsten Wochen verstärkt der Frage widmen, wie wir in Halle solidarisch durch die Krise kommen. Wie wir dafür sorgen, dass Impfberechtigte zu Terminen kommen, dass der Impfstoffmangel beendet wird, wie wir sicherstellen, dass der Zugang zu medizinischen Masken und Schutzmitteln nicht am Geldbeutel hängt und wie diejenigen, die gerade jetzt besondere Hilfe und Unterstützung brauchen, diese auch bekommen.“

Aus der letzten Stadtratssitzung vom 28.01.2021

Das war schon eine besondere Stadtratssitzung!

Mit dem Beschluss zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates wurde es möglich, Stadtratssitzungen auch als Videokonferenzen durchzuführen.

Wir wollten es probieren. Aber die erste digitale Stadtratssitzung endete vorzeitig mit einem Abbruch der Sitzung.

Schon zu Beginn der Sitzung stellte ein fraktionsloser Stadtrat (Herr Nette) den Antrag, die Sitzung zu verschieben, weil er angeblich nichts hören würde. So agierte er bei jedem aufgerufenen Tagesordnungspunkt und stellte immer wieder (so er die Funktion des Mikrophons gefunden hatte) Geschäftsordnungsanträge, um die gefassten Beschlüsse als ungültig deklarieren zu lassen etc. Mit diesem Verhalten verzögerte er enorm die Sitzung, weil bei einer Videokonferenz alle Abstimmungen mit einem persönlichen Aufruf erfolgen müssen. Um 17:30 Uhr (Beginn war 14 Uhr!) hatten wir lediglich 5 von 33 Beschlusspunkten abgestimmt.

In Abstimmung mit dem Leiter des Rechtsamtes der Stadt Halle und dem OB unterbrach Katja Müller, Stadtratsvorsitzende, die Sitzung zu diesem Zeitpunkt.

Begründet wurde die Entscheidung damit, dass zu befürchten ist, dass die gefassten Beschlüsse nicht rechtssicher seien. Es ist nicht nachprüfbar, ob es tatsächlich Probleme mit der Technik gab. Wir alle hatten aber den Eindruck, dass der Stadtrat Herr Nette sich nicht auf diese Sitzung vorbereitet hatte, ja, auch nicht gewillt war, es zu tun.

Die Sitzung wird nun als Präsenzsitzung am 17.2.2021 in der Händelhalle wiederholt. Auch die bereits beschlossenen Tagesordnungspunkte müssen noch einmal abgestimmt werden.

Nur eine Bemerkung zu Inhalten: Auf der Tagesordnung stand ja auch der Antrag der CDU für eine Stellungnahme des Stadtrates zur Kampagne „gegen das M-Wort“- „Mohr“ steht in der Tradition unserer Stadt für eine anerkennungswerte Person. Es gab im Stadtrat einen Antrag, diesen Antrag von der Tagesordnung zu nehmen, weil diese inhaltliche Debatte nicht im Stadtrat erfolgen kann. Der Antrag fand eine Mehrheit; auch wir stimmten dafür. Auch darüber werden wir also am 17.2.2021 noch einmal abstimmen....

Ute Haupt

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Anja Krimmling-Schoeffler/
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
11.02.2021
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 11.03.2021

In Berlin und (H)alle dabei - Wortgewalt

In der letzten Kolumne sprach ich von der Macht der Stimme, von Stimmgewalt. Ganz kurz streifte ich dabei die Wahl Joe Bidens.

Haben Sie die Amtseinführung gesehen?

Es wurde deutlich, dass nun eine Wende kommt. Eine gute, hoffe ich, denn Präsident Biden muss das Chaos aufräumen, was Ex-Präsident Trump hinterlassen hat. Was deutlich zu spüren war, war Hoffnung. Hoffnung auf Frieden und Heilung, nachdem Größenwahn für Unruhen, Hass und Leid gesorgt hat - und dass allein schon durch Worte, getwittert und verstärkt durch Mikrofone.

Gewaltige Stimmen waren zur feierlichen Einführung geladen. Lady Gaga und Jennifer Lopez, zum Beispiel, zwei große Sängerinnen, sorgten bereits mit ihren Performances der Nationalhymne und This Land Is Your Land / America The Beautiful für Eindruck. Aber den wohl stärksten Auftritt hatte die junge Lyrikerin Amanda Gorman mit ihrem Gedicht The Hill We Climb hingelegt und somit, so hoffen es der Tagesspiegel und der Buchhandel, einen neuen Lyrik-Hype ausgelöst.

Die 22-jährige Schriftstellerin und Aktivistin habe eine Sprachbehinderung und sich deshalb schon früh dem geschriebenen Wort als Ausdrucksform gewidmet. Nun steht sie da und trägt ihr Gedicht vor, als hätte sie nie etwas anderes getan. Sie deklamiert von „einer Nation, die nicht kaputt ist, sondern einfach unvollendet“, dass sie als „dünn, schwarzes Mädchen, das von Sklaven abstammt und von einer alleinerziehenden Mutter großgezogen wurde, davon träumen kann, Präsidentin zu werden“. Sie spricht von Gemeinschaft und einem Land, „das sich allen Kulturen, Farben, Charakteren und menschlichen Lebensverhältnissen verpflichtet fühlt“ und will die Zukunft an erste Stelle setzen. Das tut sie mit einer Klarheit, mit Pathos, Nachdrücklichkeit und einer Gestik, die die Anwesenden staunend und zuversichtlich zurücklässt. Sie stellt die anderen Künstler:innen des Tages in den Schatten. Amanda Gorman verkörpert dabei gleichzeitig alles, wovor sich Bidens Amtsvorgänger - aber wohl auch die eine oder andere deutsche Talkshow-Runde - zu fürchten scheint: Sie ist jung, weiblich, nicht weiß und hat eine Stimme, die sie einsetzt, Worte, die

sie formuliert und mit ihnen treffsicher auszudrücken vermag, was sie und viele andere, die von Hass und Diskriminierung betroffen sind, fühlen, denken und erleben. Sie wird gehört und nun wohl auch weltweit gelesen. Es braucht noch mehr Frauen wie Amanda Gorman. Es gab und gibt schon Frauen wie Amanda Gorman: Fran Ross, Kathleen Collins, Zadie Smith, Anne Petry, Zora Neale Hurston, Toni Morrison, Alice Walker, Paule Marshall, Ntozake Shange, Kristin Hunter, Lorraine Hansberry, Maya Angelou, Audre Lorde, Sharon Dodua Otoo und auch Katharina Oguntoye, May Opitz, Marion Kraft, Alice Hasters, Jackie Thomae, Olivia Wenzel. Sie schreiben und sprechen über Rassismus, Hass und Gewalt, aber auch über Hoffnung und ein Miteinander.

Sie alle wären nicht nur die richtigen Gäste für Talkshows über Rassismus. Sie alle haben eine Stimme, haben Worte für das, was sie ausmacht, was sie (er)leben, lieben und erfahren, was sie denken, wofür sie einstehen, was sie bewegt und was sie sich wünschen. Sie müssen auf die Bühnen, in die Vorstände, in die Talk-Runden, in die Politik geholt werden, damit diese unsere Gesellschaft Vielfalt tatsächlich lebt, Rassismus und alle anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit endlich und glaubhaft und nachhaltig ablegt.

Stürmen wir die Buchläden statt Regierungsgebäude und lesen, was diese Frauen - und auch all die anderen Menschen - zu schreiben haben, hören zu, was sie zu sagen haben und nehmen sie in ihren Erfahrungen verdammt nochmal ernst. Und wenn sich ein Mensch von einer diskriminierenden Bezeichnung beleidigt und diskriminiert fühlt, dann legen wir sie bitte ab. Ohne Diskussion. Ohne Aber die Apotheke / die Soße / das Gebäck hieß schon immer so! Ich finde das Wort nicht schlimm! Das ist Tradition! Bla, bla. Worte haben Macht. Worte können Gewalt sein. Im Guten wie im Schlechten. Aus Worten folgen Taten, also sollten wir auf das, was wir sagen, gut achten, denn im Nachhinein Fehler einzuräumen, macht das Gesagte nicht ungesagt. Diskriminierung hat in unserer Gesellschaft keinen Platz - jeder Mensch, so wie er ist, jedoch schon.

Dr. Petra Sitte

Leserbriefe

LINKE SICHERHEITSPOLITIK - EIN DISKUSSIONSANGEBOT

(Matthias Höhn; MdB)

DIE LINKE ist Friedenspartei und wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern als solche verstanden. Sie sagt beharrlich Nein, wo andere zu oft unkritisch Ja sagen.



Nein zu Kriegseinsätzen der Bundeswehr, Nein zu immer größeren Verteidigungshaushalten, Nein zum weltweiten, scheinbar ungebremsten Geschäft mit Waffen und Rüstungsgütern. Doch innerhalb dieser wichtigen Leitsätze gab und gibt es in der Partei durchaus auseinanderlaufende Positionen. Die Partei vermeidet eine Diskussion darüber. Manchmal aus Bequemlichkeit, manchmal aus Sorge, wo eine solche Debatte enden könnte. Das ist durchaus verständlich, doch die Welt dreht sich weiter - auch sicherheitspolitisch. Die heutige Situation ist kaum vergleichbar mit 2007, als sich DIE LINKE gründete, oder mit 2011, als sie ihr bis heute geltendes Programm formulierte. Die Welt hat sich seitdem nicht zum Besseren entwickelt. 80 Millionen waren Ende 2019 weltweit auf der Flucht vor Krieg, Gewalt, bitterer Armut oder den Klimaveränderungen.

In Kriegen und Stellvertreterkriegen starben in den letzten Jahren Hunderttausende, allen vor in Syrien oder im Jemen, aber auch in der Ukraine, in Afghanistan, in Mali oder Libyen, im Irak... Linke Antworten auf der Höhe der Zeit sind gefordert, anschlussfähig an gesellschaftliche Mehrheiten, die reale Veränderungen ermöglichen.

Dieses Papier will einen Beitrag dazu leisten, wieder stärker über linke Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu diskutieren.

Das Positionspapier umfasst sieben Seiten und ist unter matthias-hoehn.de abrufbar. Wer Interesse hat, kann sich bei uns in der Redaktion oder Geschäftsstelle melden, wir drucken es euch aus und schicken es euch per Post zu.

Leserbrief Prof. Dr. Rolf Bauermann

Vor kurzem veröffentlichte der sicherheitspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Matthias Höhn, ein Thesenpapier zu den friedenspolitischen Grundsätzen des Parteiprogramms von 2011, die er nicht mehr „up to date“ hält, da seitdem sich sehr viel in der Welt verändert habe; sie müssten also überarbeitet werden. Der Vorschlag steht in einem engen Zusammenhang mit den Bundestagswahlen, bei denen die Linke eine Koalition mit den Grünen und der SPD anstrebt, für die jedoch die Forderung der Linkspartei nach einem Austritt aus der NATO und das Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr unannehmbar ist.

Damit wird deutlich, dass es für die Linkspartei um Grundsatzfragen geht. Die beiden Vorsitzenden der Partei und der Vorstand haben den Vorschlag Höhns nahezu einmütig zurückgewiesen.

Aus der Partei bekam Höhn aber auch Zustimmung. Gestützt darauf forderte Höhn eine Debatte zu zeitgemäßer linker Sicherheitspolitik. Diese findet gegenwärtig im „ND“ und der „Jungen Welt“ statt. Ich hatte den Vorschlag, dass sich unser Linkes Blatt an dieser Debatte beteiligen sollte, denn es handelt sich ja um Grundsatzfragen.

Diskutiert diesen Vorschlag doch mal in eurem Redaktionskollegium. Zumindest sollten die Genossen in Halle über diese Probleme informiert werden. Was sind die zentralen Punkte aus dem Programm, die Höhn zur Diskussion stellen will: In erster Linie die Forderung nach Auflösung des heute eindeutig gegen Russland gerichteten NATO-Bündnisses und die Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Eine Ersetzung des NATO-Bündnisses durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands und die Auslandseinsätze der Bundeswehr, steht dem Rot-Rot-Grünen Bündnis im Wege, denn das lehnen SPD und Grüne ab.

Wollen wir als Linke für eine solche als möglich angestrebte Koalition die zentrale Position nach Auflösung der NATO und deren Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem aufgeben?

Liebe Genossen und Genossinnen, nehmt dazu Stellung!

Von allen guten Geistern verlassen?

Im letzten „Linken Blatt“ (19. 1. 2021) forderte uns Lydia Roloff zum munteren Gedankenaustausch (...“traut euch“...!) auf. Ich bin dafür, deshalb spanne ich mich mal in den Diskurs um Mathias Höhn ein. Manche tun nämlich gerade so, als wäre er von allen guten Geistern verlassen. Noch aus seiner Halle-Zeit und aus Bundestagsreden ist er mir als kluger Redner im Gedächtnis.

Aber zunächst möchte ich auf J. Ringelnatz aufmerksam machen, der das Verhalten von Ameisen(!) beobachtet hat:

Die Ameisen
In Hamburg lebten zwei Ameisen.
Die wollten nach Amerika reisen.
Bei Altona auf der Chaussee
Da taten ihnen die Beine weh.
Und da verzichteten sie weise
Dann auf den letzten Teil der Reise.

Kluge Ameisen! Wir sollten auch mal umkehren, weg von alten Positionen und einfach mal Neues wagen. Worum muss es uns denn heute in erster Linie gehen? Erstens, gesund aus der Pandemie zu kommen, zweitens, die Demokratie mit einem „Programm der sozialen Gerechtigkeit“ weiterzuentwickeln, drittens,

Kleiner Nachtrag zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit:

Die treue Hand

sollte knüpfen das Band
zwischen Ost und West!

Was blieb uns?
Ein schäbiger Rest.

Sie verkaufte unseren Herd
und des Volkes Einheit
für nur einen Euro.
Mehr war sie ihr nicht wert.

Lothar Waide, Nov. 2020

Friedenserhalt national und international zu erstreben mit effizienten Abrüstungsideen, viertens, die Klimaverschlechterung zu bekämpfen, fünftens, rechtem Denken und Handeln wirksam entgegenzutreten, was unserer friedfertigen menschlich-natürlichen Umwelt auch sehr zupass käme.

Dafür brauchen wir eine Art Einheitsfront (Sie hat Deutschland einst zur Verhinderung Hitlers gefehlt!), in der die erstentfernt erreichbaren Ziele (z. B. Austritt aus der NATO, keine Auslandseinsätze der Bundeswehr) nicht aus dem Auge verloren werden, die aber auch kein Grund des Nicht-zusammengehens sein sollten, wenn die zukünftigen Partner vorerst noch an ihren Positionen festhalten.

Wenn alle diese Motive auch der Hintergrund M. Höhns für das Verfassen seiner Friedens- und Sicherheitspolitischen Thesen sind, dann wäre ich dafür, ihm zur Seite zu treten, auch wenn er sie zuerst im „Spiegel“ veröffentlicht hat („Spiegel“ ist allemal besser als „Stern“ oder „Focus“).

Na und, was ist daran so verwerflich? Sollten wir in dieser Hinsicht nicht langsam toleranter denken?

Der „Spiegel“ wie das „nd“ oder unser „Linkes Blatt“ gehören zu unserem gegenwärtigen demokratischen Gefüge.

Aber welches Motiv mag M. Höhn dafür gehabt haben?

Muss ich den Verdacht aufkommen lassen, dass da in den Führungsgremien der LINKEN etwas nicht mit der Kommunikationskultur stimmt?

Seit der ziemlich vehementen Bekämpfung von „Aufstehen“ und S. Wagenknecht scheint da offensichtlich der Wurm drin zu sein. Oder irre ich mich? Und muss nicht auch eine andere Fehlerkultur, die ich hier vor längerer Zeit schon mal beschrieben habe, her?

Ein bisschen mehr Aufklärung wäre nicht schlecht und vergisst bei allem nicht - die Klugheit der Ameisen.

Lothar Waide, Basisgruppe Heide-Nord



Kommentar zur Landesliste und den Jugendkandidierenden

Am 30. Januar 2021 wählte die Vertreter:innenversammlung des Landesverbandes DIE LINKE.Sachsen-Anhalt seine Liste zur Landtagswahl 2021. Im Nachgang wurde viel darüber diskutiert, warum keiner der beiden Jugendkandidierenden, die vom Jugendverband Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt aufgestellt wurden, auf der Liste erschienen oder gar beim Listenvorschlag berücksichtigt worden sind.

Der 20 Plätze umfassende Listenvorschlag, welcher vom Landesvorstand mit den Kreis- und Stadtvorsitzenden abgestimmt und den Vertreter:innen vorgelegt wurde, musste sich bei der Gestaltung formell an einen Beschluss des Landesparteitages vom letzten Jahr halten. In diesem hieß es, dass für den Listenvorschlag die Vorschläge der Stadt- und Kreisverbänden zu berücksichtigen seien (Zur Erinnerung: Der Stadtverband Halle hatte seine Vorschläge am 26. September auf seiner Gesamtmitgliederversammlung gewählt). Leider hat nur der Saalekreis, als einziger Kreis, ein Mitglied des Jugendverbandes für den Listenvorschlag auf der Position 3 eingereicht. Dies hat leider scheinbar nicht gereicht, um es auf den Listenvorschlag zu schaffen.

Nichtsdestotrotz ist es aber sehr bedauerlich, dass es dem Jugendverband nach 2016 zum 2. Mal in Folge nicht gelungen ist, seine Kandidierenden in ihren Augen auf aussichtsreichen Listenplätzen zu platzieren. Die Gründe dafür sind vielfältig. Die Partei muss sich

jetzt intensiv Gedanken darüber machen, wie sie mit dem Jugendverband weiter verfahren will. Er ist nämlich nicht nur ein Sammelbecken für junge Interessierte an linker Politik, sondern sollte langfristig auch die Quelle für Nachwuchs innerhalb der Partei sein. Das Nachspiel der Vertreter:innenversammlung vom 30. Januar hat ganz deutlich gezeigt, dass wir dahingehend starken Rede- und Nachholbedarf haben.

Jan Röttschke
(Stadtvorsitzender DIE LINKE Halle)

Die Jugend auch zum Zuge kommen lassen!

Die Zeitungen lassen sich mehr oder weniger ironisch über den Landesparteitag der LINKEN in Sachsen-Anhalt aus, weil sich ältere Genossen nicht von aussichtsreichen Listenplätzen für den Landtag zugunsten jüngerer Genossen wie Rebekka Grotjohann und Timon Kniewel zurückziehen wollten. Der „Frauerversteher“ W. Gallert drückt schon 27 Jahre die Landtagsbänke, die Nachrücken wollende Linksjugend versteht er wahrscheinlich nicht. Ich kenne die jungen Genossen nicht, aber sie sind delegiert worden, das wäre für mich Ausweis genug. Jeder junge Genosse braucht seine Entwicklungszeit und muss den Abgeordneten in die Karten schauen können. Mir kommt da nur noch Karl Immermann, ein Zeitgenosse J. W. Goethes, in den Sinn: „Wer Jugend schilt und scheucht, einsam durch mürrisches Alter kräucht.

Lothar Waide

Nach 30 Stunden die Kreativität fördern

Wer kreativ sein möchte, braucht nun mal Zeit, in der er sein persönliches Wissen auf völlig neue, nie da gewesene Art ordnen und kombinieren kann. Ich möchte den Zeitfaktor einmal ausnahmsweise bei Albert Einstein festmachen, da er aufgrund seiner geregelten Arbeitszeit und eines vermutlich ruhigen Arbeitstempos im Patentamt Zürich offensichtlich hinreichend Zeit zum Ordnen seiner Gedanken und zur Entwicklung anschaulicher Analogien usw. fand, was schließlich mit der Entdeckung der Relativitätstheorie endete. Zeit zum Nachdenken braucht in der Tat jeder, der sich irgendwo und - wie im täglichen Leben - einfäden oder gar Großartiges vollbringen will.

Aber Einsteins Sternstunden begannen nicht erst im Patentamt von Zürich. Auf sie will ich bei dieser Gelegenheit besonders aufmerksam machen. Seine Sternstunden begannen nämlich schon im Alter von zweieinhalb Jahren. Er konnte zwar noch nicht sprechen, was bei Jungen dieses Alters auch heute durchaus (als normal) vorkommt. Aber - und nun zur Sternstunde - er beschäftigte sich stundenlang mit dem Errichten von Kartenhäusern. Nun mag sich mancher fragen, warum ich das als Sternstunde bezeichne. Ganz einfach: Einstein hat in diesen Spiel-Momenten die allgemeinen Begabungsmerkmale Konzentration, Ausdauer, konstruktives Nachdenken und das

Wiedererkennen von Strukturen ausgeprägt. Und weil dies so einfach ist, werden derartige Dinge viel zu häufig unterschätzt. Ohne diese Merkmale hätte Einstein später in seinem Patentamt wohl kaum etwas Sinnvolles beginnen können. Und seine Eltern werden damals nicht im Entferntesten daran gedacht haben - aus welchen Motiven auch immer - ihn von dieser „stupiden“ Tätigkeit abzubringen; zumindest hatten sie ihre Ruhe. (Heute setzt man die Kleinen durchaus schon mal vor einen laufenden Fernseher und sorgt für eine ordentliche Reizüberflutung, die Ausdauer und Konzentration eher beseitigen denn fördern.). Man kann also sagen, dass die Eltern ihrem Albert die Möglichkeit und die Zeit gegeben haben, Begabungsmerkmale auszuprägen. Ob sie das bewusst getan haben, bleibe mal dahingestellt. Und natürlich konnten sie auch nicht ahnen, dass ihr Sohn sie später zu etwas Großartigem nutzt. Schon Goethe hat seinerzeit völlig richtig erkannt: Es bildet ein Talent sich in der Stille, ein Charakter in dem großen Strom der Welt.

Dass Gewährenlassen und Zeit auch bei der Herausbildung ganz alltäglicher Verhaltensweisen wichtige Bildungsfaktoren sein können, wird ein Beispiel aus einer niederländischen Familie zeigen: Der 11-jährige sagt mit fertig geschnürtem Rucksack kurz vor dem Abendbrot zu seiner Mutter: „Ich gehe weg!“ Die sagt ganz gelassen: „Warte, ich mache dir noch etwas für den Weg!“ Der Junge wartet, während seine Mutter die Schnitten macht... (Die Mutter gibt ihm also Zeit zum „Umschalten“.) Der Junge geht. Nach kurzer Zeit ist er wieder zurück. Die Familie sitzt am Abendbrotstisch, für ihn ist auch gedeckt, er setzt sich, keiner sagt etwas. Als die Katze zur Wohnungstür hereinschleicht, sagt der Kurzzeitwanderer: „Oh, ihr habt ja immer noch dieselbe Katze“

Wenn man es in Regierungskreisen wirklich ernst meint mit der „Bildung von unten“, dann liegen bei der Ausprägung der genannten Begabungsmerkmale (und weiterer) die größten Fördermöglichkeiten für Eltern. Und das kostet nun mal viel, viel Zeit und Gelassenheit. Deshalb muss wohl auch in dieser Arbeitswelt über den Faktor Zeit nachgedacht werden und kein schlechter Anfang wäre, das zu realisieren, was unserer Partei schon seit geraumer Zeit vorschwebt: Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden! Das wäre eine wahrhaft sinnvolle Investition in Familie und Kinder.

Lothar Waide, Basisgruppe Heide-Nord

Leserbrief Günter Naumann

Landtagswahl im Juni 2021 in Sachsen-Anhalt

Im Juni sind in unserem Bundesland Landtagswahlen, im September voraussichtlich Bundestagswahlen. Der Stadtvorstand der LINKEN hat bisher auf die Einhaltung sämtlicher wahlrechtlicher Termine geachtet. Um möglichst viele Stimmen zu erhalten bedarf es mehr. Es bedarf der Motivierung der gesamten Partei und zahlreicher Sympathieträger. Können wir etwas aus den Ereignissen in Erfurt anlässlich der Wahl des Genossen Ramelow zum Ministerpräsidenten im Februar vor einem Jahr lernen? Ich denke ja. 1. Partei kümmere dich um deine Wähler! Die Thüringer Linke hatte bei den Landtagswahlen Stimmen verloren und damit Sitze im Parlament. Erst im 3. Wahlgang wurde Genosse Ramelow gewählt. Drei Abgeordnete mehr in der Linksfraktion hätten den Sieg im 1. Wahlgang bedeutet. Das lehrt uns: Partei kämpfe um jede Stimme, kämpfe für jeden Abgeordneten in der Linksfraktion. 2. Auf Landesebene ist Rot-Rot-Grün möglich. Am 5. Februar 2020 stimmten Abgeordnete der Fraktionen der Linken, der SPD und von Bündnis 90/ Die Grünen des Thüringer Landtages für einen gemeinsamen Kandidaten, Genosse Bodo Ramelow. Das bedeutet: es geht. In Sachsen-Anhalt ist die Situation etwas komplizierter. In der gegenwärtigen Regierung sind CDU; SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vertreten. Es bedarf für alle sichtbare Anstrengungen der Linken als Partei und in den Kreisverbänden, um mit anderen politischen Kräften, mit möglichen Verbündeten, gemeinsame Projekte oder Aktionen in den Monaten April/ Mai 2021 zu organisieren. Möglich ist das. 3. Linkenfeindlichkeit zurückweisen. Einige Meinungsmacher schreiben „Die Demokraten müssen gegen rechts und links zusammenstehen.“ Das ist für uns bekannte Gleichmacherei von links und rechts. Bestimmte Politiker wollen einfach nicht zugeben, dass Linkenpolitiker auch Demokraten sind. Wir sagen deutlich: Die Partei DIE LINKE ist fester Bestandteil des demokratischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Sie arbeitet voller Verantwortung im Deutschen Bundestag, in Länderparlamenten und Länderregierungen, im Stadtrat oder im Kreistag. Sie verdient die Anerkennung der Wähler auch zur Landtagswahl 2021. ROT_ROT_GRÜN in Sachsen-Anhalt. Wäre das nicht schön?

Zur Erinnerung an einen bedeutungsvollen Geburtstag

An einem Gebäude der ehemaligen Pädagogischen Hochschule in Kröllwitz am Hohen Weg Nr. 8 befindet sich ein imposantes Bild von dem renommierten hallischen Maler Uwe Pfeifer. Er ist ein Schüler von Wolfgang Mattheuer. Das Bild, großformatig auf den Kacheln an der Außenwand am Eingang, trägt den Titel „Weggefährten“. Dieses bildnerische Kunstwerk ist wenig bekannt, um 1986/ 1987 geschaffen, denn es befindet sich an einem abgelegenen Gebäude am Eingang, wo sich kaum Passanten hin verirren. In der Mitte des Bildes ist eine elegante Dame zu sehen, mit ihrem Gesicht ist Rosa Luxemburg erkennbar. Es ist angetan, gerade jetzt die Aufmerksamkeit auf dieses Bild zu richten, denn am 5. März würde die aufrechte Kämpferin für Frieden und Sozialismus 150 Jahre alt werden. Über sie ist viel geschrieben und erzählt worden. Zu nennen ist die Biografie von Annelies Laschitzka „Im Lebensrausch, trotz alledem“ und das Filmwerk über ihr Leben und Kampf von Margarete von Throtta. Im Ergebnis wurde stets deutlich, sie war eine großartige Frau. Einen Aspekt möchte ich hinzufügen. Ihre Briefe sind eine herrliche Lektüre. Am 18. März 1912 schrieb sie an Konstantin Zetkin ihre Eindrücke vom Besuch der Matthäuspassion. Es ist frappierend, mit welchem Urteilsvermögen und Sachverstand sie die Komposition von J.S. Bach erlebte und darüber berichtete. Ihr Urteilsvermögen über Kunst und Literatur werden eigentlich zu wenig be-



nannt, wenn ihr Namen fällt. Dem Maler Uwe Pfeifer ist es meines Erachtens hervorragend gelungen, diese Persönlichkeit zentral ins Bild zu setzen.

Zu einer gemeinsamen Bildbetrachtung anlässlich ihres besagten Geburtstages kann zurzeit auf Grund der Infektionsschutzverordnung bedauerlich nicht eingeladen werden. Zu gegebener Zeit können wir immer noch einen Frühlingsspaziergang in Kröllwitz zum Gedenken an Rosa Luxemburg nachholen, denn sie ist für uns immer noch Vorbild. Sie setzte sich stets für die Geringbezahlten, Unterprivilegierten und Rechtlosen ein. Ein geeigneter Termin wird sich finden lassen.

Hajo Gunkel

Arbeitskreis Gedenktage und Gedenkstätten

Gedenken an Karl Meseberg!

Wir gedenken heute Karl Meseberg, der am 11. Februar 1891, also heute vor 130 Jahren, hier in Halle an der Saale geboren wurde. Karl Meseberg liegt hier auch begraben, er wurde mit 29 Jahren am 13. März 1919 von rechtsextremen Freikorps-Soldaten ermordet. In seinem viel zu kurzen Leben hat Karl Meseberg für vieles gekämpft und teilweise auch kämpfen müssen. Er wurde Former und in der Gießerei zum linken Sozialdemokraten. Später wurde er zwangsweise in die kaiserliche Marine eingezogen und musste als Matrose für das militaristische Kaiserreich im Ersten Weltkrieg kämpfen. Er entwickelte sich zu einem Kriegsgegner und zum überzeugten Sozialisten.

Er schloss sich den revolutionären Bestrebungen in der Marine an, die bald als Novemberrevolution bekannt

werden und die Monarchie beseitigen und den Krieg beenden sollten. Von den Häfen der Nordsee aus verbreitete sich die Revolution, damals noch von der Sozialdemokratischen Partei und den Unabhängigen Sozialdemokraten getragen, im ganzen Land. Deshalb kehrte Karl Meseberg mit einer Matrosenkompanie in seine Heimatstadt Halle zurück und half hier dabei, den Arbeiter- und Soldatenrat zu errichten. Die Räte sind spontan entstanden, aber zeigen uns heute den Charakter der Revolution von 1918: Das alte arbeiterfeindliche, autoritäre und militaristische Regime der Hohenzollern musste weg und eine neue Regierungsform geschaffen werden.

Die Räte stellen in diesem Sinne das logische Bedürfnis etlicher Revolutionäre dar: Die Arbeiter*innen



sollten die entscheidende Rolle spielen und die alten Eliten so wirksam entmachten. Heute müssen wir der Lüge entgegentreten, dass unabhängige Sozialdemokrat*innen wie Meseberg damit Terror und Chaos gebracht hätten. Das Gegenteil ist der Fall: In weiten Teilen des Landes und auch in Halle übernahm der Arbeiter- und Soldatenrat penibel Verwaltungsaufgaben und sorgte für eine Fairness, an die man im Kaiserreich gar nicht denken konnte. Trotzdem wollte sich das Bürgertum und auch die Führung der damaligen SPD niemals auf die Räte einlassen. Als Hochburg der unabhängigen Sozialdemokratie wurde Halle im März 1919 von Freikorps-Truppen überrannt, es folgten Blutvergießen und der Mord an Karl Meseberg, der für seine Position im Arbeiter- und Soldatenrat und für seine Ansichten verhaftet und bei einem angeblichen Fluchtversuch ermordet wurde.

Angewiesen wurden die Freikorps von dem Bündnis zwischen Bürgertum und SPD-Führung, welches auf rechtsextreme Freikorps zur Zerstörung der Rätebewegung setzte. Die Basisdemokratie der Arbeiter*innen galt ihnen als Angriff auf die parlamentarische Demokratie an sich. Wenn die Geschichte uns eines zeigt, dann, dass es ein katastrophaler Fehler war, die eigene Vorstellung des Parlamentarismus mit der Unterstützung rechtsextremer Gewalttäter retten zu wollen.

Der Mord an Karl Meseberg zeigt uns, wie gefährlich die Propaganda gegen vermeintlich radikale Positionen sein kann. Er zeigt uns, dass man niemals mit Rechten zusammenarbeiten darf und dass der autori-

täre Wunsch nach „Ruhe und Ordnung“ zu viel mehr Blutvergießen führen kann. Diese bittere Erkenntnis kam später auch den bürgerlich-demokratischen Parteien und der SPD: Im Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet, im März dann Karl Meseberg und andere Mitglieder der Rätebewegung, im August 1921 ermordeten ehemalige Freikorps-Soldaten den katholischen Ex-Minister Matthias Erzberger, im Juni 1922 den liberalen Außenminister Walther Rathenau. Diejenigen, denen man das Ermorden von Sozialist*innen durchgehen ließ, hörten damit nicht auf: Sie richteten sich gegen alles, was nicht in Richtung Faschismus wollte.

In einer Zeit, in der Nazis in den Parlamenten sitzen, Terroranschläge durchführen und Todeslisten schreiben, ist das eine Lehre, die unbedingt beherzigt werden muss.

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 9. März jährt sich der Todestag der Kommunistin Martha Brautzsch zum 75. Mal. Da wir pandemiebedingt in diesem Jahr keine reguläre Gedenkveranstaltung abhalten können, werden einige Genossinnen und Genossen am Dienstag, dem 9. März 2021 ab 11 Uhr unabhängig voneinander das Grab von Martha Brautzsch auf dem Südfriedhof hier in Halle aufsuchen. Vielleicht sehen wir ja den einen oder die andere von euch vor dem Haupteingang des Friedhofs an der Huttenstraße.

Gleiches gilt für das Gedenken an den Todestag des Arbeiter- und Soldatenrates Karl Meseberg, welcher am 13. März 1919 in Halle ermordet wurde. Auch hier werden wieder einige Genossinnen und Genossen am Samstag, dem 13. März 2021 sein Grab auf dem Südfriedhof um 11 Uhr einen Besuch abstatten. Auch hier erfolgt der Zugang zum Friedhof über den Eingang an der Huttenstraße.

Euer Stadtvorstand

Rezension

Peter Grünlich "Der Alleswisser. Wie ich versucht habe, Wikipedia durchzulesen, und was ich daraus gelernt habe"

Yes Publishing München 2020 ISBN 978-3-96905-026-2, 272 S.

Wir alle nutzen heute wikipedia (naja, vielleicht fast alle, es soll noch Netzverweigerer geben) - meist ohne uns groß Gedanken über die Entstehung, Arbeitsweise und MitarbeiterInnen an diesem Universallexikon zu machen.

Dies war in der Vergangenheit noch anders - allein die Geschichte der von Diderot und d'Álambert herausgegebenen französischen Enzyklopädie füllt Bände und auch Brockhaus Leipzig ist mehr als nur ein Nachschlagewerk. Selbst wenn es bei diesen und ähnlichen Werken langwierig gewesen wäre, alle Bände bzw. enthaltenen Artikel zu lesen - es wäre zumindest möglich gewesen. Bei wikipedia bräuchte man (zum Entstehungszeitraum des Buches von P. Grünlich - inzwischen sicher schon wieder länger) 4519 Jahre - ohne Pausen für Schlaf o.ä. Der Autor hat recherchiert, dass allein die deutsche wikipedia über 2 Millionen Artikel enthält (die englische über 6 Millionen) und jeden Tag kommen Hunderte hinzu. Der Druck der deutschen Ausgabe würde 600.000 Seiten beinhalten - was schon mal die Transportfähigkeit erschweren würde - wer wie ich seinen Brockhaus „entsorgt“ hat, kennt schon dieses Gewicht und bekommt eine Ahnung...

Wie bei jeder Recherche in einem Lexikon sucht frau/man einen Begriff und liest „erst mal schnell“ mindestens noch 3 andere. Der Journalist Peter Grünlich wollte „Universalgelehrter“ werden (der letzte dieser Art war seiner Meinung nach Alexander von Humboldt), hat sich ans Lesen gemacht - und dabei als erstes festgestellt, dass er nicht einmal von 1% des Inhalts bisher gehört hatte. Insofern nimmt der Autor die Leserschaft mit auf eine „Suche nach Überraschungen“ - beginnend mit „ungewöhnlichen Todesfällen“. Hier geht es sowohl um Einzelpersonen, als auch um den Tod unseres Sonnensystems.

Doch nicht nur Spektakuläres wird ausgegraben,

sondern bewusst auch unaufregende Dinge: Orte ohne Sehenswürdigkeiten, Tiere ohne Besonderheiten, Pflanzen, die sich kaum von anderen unterscheiden. Auch für diese Artikel lassen sich jedoch clicks finden. Natürlich gibt es auch „erstaunliche Orte“ wie z.B. die Via Modesta Valenti in Rom - eine virtuelle Straße, die geschaffen wurde, damit Obdachlose in Rom Sozialleistungen beantragen können (S. 87f), denn sie benötigen dafür einen festen Wohnsitz.

Skurrile Kriege und Konflikte haben in diesem Buch ebenso ihren Platz wie düstere Geheimnisse. Zu ersten gehört ein Kneipenstreit 1355 in Oxford, der u.a. dazu führte dass 470 Jahre lang die Universität den lokalen Getränkehandel und die Wein-, Bier- und Brotproduktion kontrollieren durfte. Erst nach 600 Jahren sei dieses Privileg endgültig durch das britische Parlament aufgehoben wurden (S. 93-95).

Natürlich enthält „die größte Wissenssammlung der Welt“ einen „Kulturkanon“ und verrät uns so etwas über die „besten Romane, die eine Jury im Auftrag der Wochenzeitung Die Zeit ausgewählt hat... Erstaunlich, wie wenige Frauen sich auf diesen Listen wiederfinden“ (S. 113ff). Dies wundert mich gar nicht - eher schon, warum Feministinnen noch keine eigene Liste auf wikipedia eingestellt haben.

Hintergrund für die überaus zahlreichen Beiträge zur Belletristik ist auch, dass In Brasilien Häftlinge ihre Haft verkürzen können, „indem sie Bücher lesen und darüber einen Aufsatz schreiben - 4 Tage pro Buch“ (S. 209).

Natürlich werden auch die wichtigsten Merksprüche angeführt (so für die Reihenfolge der Dur-Tonarten) und erläutert, warum diese eigentlich Eselsbrücken heißen (S. 227f).

Abschließend wird noch die Interpretationen der „Merkelraute“ erläutert (S. 259), aber damit ich will die Leserschaft nicht langweilen, denn alles in allem ist dies ein spannendes Buch - über Spektakuläres und Unspektakuläres, mit Lerneffekten und vor allem viel Vergnügen.

Happy birthday wikipedia!

Viola Schubert-Lehnhardt

Rezension

**Andre´ Kubiczek "Strasse der Jugend".
rowohlt Verlag Berlin 2020,
ISBN 978-3-73711-0025-0, 403 S.**

Dieser Roman ist die Fortsetzung der vom gleichen Autor 2016 publizierten „Skizze eines Sommers“. Dort wird das letzte Jahr an der „Penne“ bzw. die darauf folgenden „großen Ferien“ beschrieben. Die Leserschaft erfährt dort, dass der Held beider Romane, Rene, zum Studium nach Moskau gehen soll, weil „er nicht nein sagen konnte“. Im zweiten Roman geht es nun um erste Jahr (von damals zweien) an der Arbeiter- und Bauern - Fakultät (ABF) in Halle. D.h. eigentlich geht es in beiden Romanen eher um die Befindlichkeiten des Protagonisten - sein Liebesleben, das Verhältnis zu seinen Freunden, das (Nicht)Verhältnis zu seinem Vater (die Mutter ist bereits verstorben), seinen Musik-, Literatur- und Kleidergeschmack, mit Hilfe dessen er und seine Freunde sich aus der Masse abheben wollen.

Das Leben an der ABF wird vor allem im Internat beschrieben, zum Unterrichtsgeschehen, den Motiven der anderen für ein Auslandsstudium, vom Lehrkörper erfährt man leider wenig (nur die Seminargruppenbetreuerin taucht am Rande manchmal auf). Dafür umso mehr zu Hallenser Kneipen und den dortigen Gepflogenheiten.

Der Text ist im Stil und in der Sprache eines Jugendlichen geschrieben - gerade in Halle werden auch andere LeserInnen neugierig sein, wie sie eigene Erinnerungen hier wiederfinden. Die Rezensentin hat sowohl die ABF-Zeit, ihre KommilitonInnen und das Internatsleben anders im Gedächtnis - indes war dies Mitte der 70er Jahre. In einer Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu „Lebenswegen ehemaliger AbsolventInnen russischer Hochschulen“ tauchen sowohl andere Motive zum Auslandsstudium als auch andere Betrachtungen zum Miteinander auf. Allerdings zeigen vergleichende Analysen vorliegender Erinnerungen ehemaliger SU-StudentInnen auch, dass hier durchaus Veränderungen in Bedingungen, Erwartungen und Wertungen vorliegen. Während zu Beginn in den 50er Jahren Stolz und Ehre über die Auswahl für ein solches Studium überwogen haben, finden sich später andere Motivationen (eigene Entscheidung, Sehnsucht nach der Fremde bzw. nach

Studienfächern, die sich so in der DDR nicht realisieren ließen). Der Roman spielt Mitte der 80er Jahre - hier hatte die Studie gezeigt, dass zu diesem Zeitpunkt teilweise aktiv um SchülerInnen für die ABF geworben werden musste, während in den Jahrzehnten davor herein Auswahlverfahren zwischen mehreren BewerberInnen typisch war. In die beschriebene Zeit des Textes fallen sowohl das Reaktorunglück in Tschernobyl als auch die Politik von Glasnost und Perestroika. Beides wird kurz erwähnt, spielt jedoch in den Gesprächen unter den Jugendlichen keine Rolle. Schade, hier wurde Potential verschenkt, denn letztendlich hat vor allem Letzteres mit zum Ende des Staates, den Rene nach links verändern will, beigetragen.

One Billion Rising

Am 14. Februar fand die globale Kundgebung "One Billion Rising" statt. Dieses Mal unter dem Motto "Rising Gardens – Rising for Women and Mother Earth". Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, dazu:

Gewalt gegen Frauen hat viele Facetten. Gemeinsam ist diesen verschiedenen Formen von Gewalt, dass sie nicht individuell zu erklären sind. Sie stecken vielmehr in den Strukturen unserer Gesellschaft. Wo immer das Männliche als stark und dominant gilt, sind Frauen Risiken ausgesetzt. So sind Frauen global unverhältnismäßig viel häufiger von Armut betroffen und gerade im globalen Süden enden die in Zahl und Intensität zunehmenden Naturkatastrophen für sie häufiger tödlich. Das heißt die Klimakrise verschärft bestehende Ungleichheiten. Krisen mögen alle treffen, aber eben nicht alle gleich. Deshalb ist für mich klar: Klimagerechtigkeit ist untrennbar mit der Frage nach Geschlechtergerechtigkeit verbunden. Wegen der Pandemie wird sich in diesem Jahr Vieles in den virtuellen Raum verlagern. Aber auch in diesem Jahr stehen wir am 14. Februar auf, gemeinsam und solidarisch gegen alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen.



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im
Monat Februar Geburtstag haben.**



Informationen aus dem Stadtvorstand

Aufgrund der pandemischen Lage und dem damit verbundenen Lockdown, der in Sachsen-Anhalt unter Vorbehalt bis zum 10. März verlängert wurde, haben wir zwei Entscheidungen getroffen.

Wir haben uns schweren Herzens entschieden, unseren "Alternativen Neujahrsempfang" für dieses Jahr abzusagen. Es ist dieses Jahr nicht möglich, den Neujahrsempfang in altbewährter Form durchzuführen. Wir werden dafür in der Woche vom 22. Februar bis 26. Februar ein anderes Format finden und euch dann darüber im nächsten "Linken Blatt" informieren. Ebenfalls wird auch der Frauentag dieses Jahr nicht in altbewährter Form stattfinden können. Wir können aufgrund der Einschränkungen nicht aktiv Blumen verteilen. Wir werden den 8. März mit einer große Flyer-Aktion begehen und würden uns sehr über tatkräftige Unterstützung freuen. Bitte meldet euch in der Geschäftsstelle oder unter info@dielinke-halle.de

Treffen der AG Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung am 19. Februar um 18 Uhr

Zur Diskussion steht der Entwurf des Landtagswahlprogramms, welches am 19./20. März beschlossen werden soll.

Aus Gründen wird die Sitzung online stattfinden. Wer Interesse hat, meldet sich bitte unter: info@dielinke-halle.de für die Zugangsdaten zur Sitzung.

Beratung der Vertreterinnen und Vertreter der Basisorganisationen und Ortsverbände

Die nächste Beratung der BO- und OV-Vertreterinnen und -vertreter findet am 03. März 2021, 18 Uhr, ebenfalls wieder per Videokonferenz statt. Wer Interesse hat daran teilzunehmen, schreibt uns bitte eine E-Mail an info@dielinke-halle.de.

Spendenaufruf zur Landtagswahl 2021

Liebe Genossinnen und Genossen, wie ihr bereits wisst, ist am 06. Juni 2021 Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Die andauernde Corona-Pandemie zwingt uns, uns Gedanken über geeignete Formen des Wahlkampfes zu machen, wenn wir persönliche Begegnungen minimieren müssen.

Unser Wahlprogramm, welches Ende März beschlossen werden soll, trägt den Titel „Gut für Sachsen-Anhalt: Solidarität statt Ellenbogen“. Es wird viele gute Forderungen und Vorschläge enthalten für ein gerechtes und solidarisches Miteinander in unserem Land, für Fortschritte in der Wirtschaft, beim Klimaschutz und bei der Digitalisierung, für Bildungsgerechtigkeit, den Ausbau demokratischer Strukturen und auch unsere Vorstellungen zur Bewältigung der Folgen der Krise und für eine konsequente Friedenspolitik.

Diese, unsere Politikinhalt wollen wir den Menschen in unseren Wahlkreisen nahebringen. Dafür bedarf es vieler Ideen, auf welche Art und Weise wir das tun wollen und mit welchen Mitteln. Mit unserem Wahlkampf wollen wir noch in diesem Monat beginnen.

Damit wir zu Herstellung unserer Wahlwerbemittel (Flyer, Karten Plakate, Kleinwerbemittel wie z. B. Beutel u. a.) genügend Geld zur Verfügung haben, starten wir eine Spendenkampagne, mit der wir alle unsere Mitglieder, aber auch möglichst viele Sympathisant*innen und Menschen, die an einem Politikwechsel in unserem Land interessiert sind, erreichen wollen.

An dieser Stelle teilen wir euch schon einmal die Kontendaten mit, auf die ihr eure Spenden bei der Saalesparkasse Halle überweisen könnt:

DIE LINKE., Stadtverband Halle

IBAN DE44 8005 3762 0382 3225 18

BIC NOLADE21HAL

Verwendungszweck: Spende Landtagswahl 2021

Jede Spende hilft in unserem gemeinsamen Kampf für eine starke Linke im Landtag Sachsen-Anhalts.

Dafür lohnt sich unser Beitrag.

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagsitzung vom 04./05.02.2021

Mit achteigenen parlamentarischen Initiativen und elf zweiten Beratungen zu früheren Initiativen trug die Fraktion DIE LINKE erneut wesentlich zur Tagesordnung der Landtagsitzung bei. Bei Letzteren ging es unter anderem um Kultur, Bildung, Klimaschutz, rechte Gewalt, Seniorenpolitik und Arbeitsschutz. Dabei stand die COVID-19-Pandemie erneut im Mittelpunkt mehrerer Anträge der Linksfraktion zur Sitzung des Landtages im Februar. Hier eine kleine Auswahl.

#Pandemie

#Gesundheitsschutz

Impfen als Ausweg aus der Krise und Sofortmaßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes im zweiten Lockdown

Mit einer Aktuellen Debatte und einem Antrag unterstreicht die Fraktion DIE LINKE, wie wichtig die Impfung für eine Entspannung der Pandemie-Situation ist. Allerdings wird für die Immunisierung der Bevölkerung Sachsen-Anhalts zu wenig Impfstoff zur Verfügung gestellt. Bis Mitte Februar 2021 soll Sachsen-Anhalt 146.250 Impfdosen erhalten und damit deutlich weniger als angekündigt. Die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern sagte dazu: „Die Impfung eines großen Teils der Bevölkerung ist die Voraussetzung, um die pandemiebedingten Folgen im Gesundheitssystem und die grundrechtlich sensiblen Einschränkungen schnellstmöglich zurückfahren zu können.“ Dabei seien alle gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, die Patentinhaber und Hersteller zur Vergabe der Lizenzen und zum Transfer des technologischen Knowhows zu veranlassen sowie einen Zugang zu biologischen Ressourcen zu ermöglichen, forderte sie weiter. Dafür sind auch Optionen einer Impfstoffproduktion in Sachsen-Anhalt zu prüfen.

Zum Chaos der Terminvergabe falle uns derzeit die Tatsache auf die Füße, dass wir eben doch ein digitales Entwicklungsland seien. Bis heute arbeiteten viele Gesundheitsämter noch mit Papier und Excel-Tabellen, die sie per Fax und E-Mail versendeten. Aber auch die Impfzentren sind nicht für alle Bürger*innen erreichbar, ein Problem gerade für Senior*innen, Menschen mit Behinderung. Unser Vorschlag lautet, die Kommunen bei der Schaffung einer dezentralen Organisationsstruktur für die Impfungen zu unterstützen, Schnelltests in systemrelevanten Einrichtungen durchzuführen und Stichproben-Testungen der Bevölkerung auf die Mutationen des Virus vorzunehmen. FFP2- oder OP-Masken müssen kostenfrei bereitgestellt werden.

#Finanzen

Sachsen-Anhalts Zukunft sichern - Nachtragshaushalt und Sondervermögen jetzt!

Die Corona-Pandemie hat in diesem Winter Sachsen-Anhalt noch stärker getroffen als im Frühjahr 2020. Die Mittel aus dem Nachtragshaushalt 2020 sind trotz der zögerlichen Politik der Regierungskoalition fast verausgabt. Die Landesregierung hat alles darangesetzt, mit der bundesweit geringsten Kreditaufnahme durch die Pandemie zu kommen und dabei die Wirtschaft des Landes in Mitleidenschaft gezogen, Kleinstunternehmer*innen und Solo-Selbstständige allein gelassen und Künstler*innen ein auskömmliches Einkommen verwehrt. Der finanzpolitische Sprecher Swen Knöchel sagte unter anderem: „Es ist aus Sicht unserer Fraktion unumgänglich, für das Jahr 2021 einen Nachtragshaushalt zu verabschieden. Es ist notwendig, den Fehler der kurzen Tilgungszeiträume aus dem Nachtragshaushalt 2020 zu korrigieren.“ Deshalb sei auch die Einrichtung eines Sondervermögens

unumgänglich, um die Kosten der Pandemie in Sachsen-Anhalt zu schultern. Durch dieses sollten Hilfen für Unternehmen, Selbstständige und Soloselbstständige für die Dauer der Pandemie, aber auch Kulturschaffende für den Start danach gewährleistet werden. Eine der wichtigsten Forderungen erhob Swen Knöchel wie folgt: „Wir fordern einen Lastenausgleich in Form einer einmaligen Vermögensabgabe für extrem hohe Vermögen. Der Steuergesetzgeber muss der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich mit einer Vermögensteuer entgegenwirken.“ Die Ungleichheit gefährde den sozialen Frieden im Land. Außerdem forderte die Fraktion DIE LINKE mit ihrem Antrag einen Investitionsfonds für Krankenhäuser, einen Hilfsfonds für Kommunen und Investitionen für die Schulen und deren Digitalisierung.

#Ausbildung

Duale Ausbildung auch 2021 ermöglichen

Durch die Maßnahmen zur Eindämmung des Covid-19-Virus im Jahr 2020 konnten Berufsorientierung und Berufsberatung nur unter erschwerten Bedingungen stattfinden.

Maßnahmen zur Berufsorientierung wurden verschoben oder fielen aus. Davon betroffen sind insbesondere Schüler*innen, die im Sommer 2021 ihren Abschluss erwerben und dann vor ihrer Berufswahl stehen. Die ausbildungspolitische Sprecherin Doreen Hildebrandt brachte unseren Antrag mit den Worten ein: „Jeder Mensch hat das Recht, seinen Beruf frei zu wählen. Dazu gehört aus unserer Sicht auch, dass jeder Mensch Zugang zu den Informationen haben muss, die ihm bei der Wahl eines Berufes helfen. Wir fordern, die Schulen technisch so auszustatten, dass die Teilnahme an Berufsorientierung online unter Beachtung des Datenschutzes möglich ist. Doreen Hildebrandt zum Abschluss: „Wir haben hier im Plenum schon häufig über Fachkräftemangel gesprochen. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass 2021 kein verlorenes Jahr für zukünftige und gegenwärtige Auszubildende und auch nicht für ausbildungswillige

Betriebe wird.“

#Kitagebühren

Änderung des Kinderförderungsgesetzes beantragt

Durch die Pandemie werden Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen teilweise oder ganz geschlossen. Solange den Eltern dieses Leistungsangebot verwehrt ist, können keine Kostenbeiträge erhoben werden. Da die Schließung von Einrichtungen und damit der Wegfall von Kostenbeiträgen der Eltern als wichtige Finanzierungsquelle für Gemeinden vom Land zu verantworten ist, muss der dadurch verursachte Einnahmeausfall vom Land erstattet werden. Bereits im März 2020 hat die Fraktion DIE LINKE einen gleichlautenden Gesetzentwurf eingebracht. Dieser fand keine parlamentarische Mehrheit. Am 10. September 2020 wurde ein Alternativantrag der Fraktion DIE LINKE beschlossen, der die Landesregierung auffordert, eine entsprechende gesetzliche Grundlage zu erarbeiten und im Landtag einzubringen. Dieser Verpflichtung ist die Landesregierung bisher nicht nachgekommen. Dazu die kinder- und familienpolitische Sprecherin Monika Hohmann: „Liebe Landesregierung, was sollen diese Spielchen? Und, dass Sie Ihren Auftrag des Landtages nicht umsetzen möchten, ist ja nun heute sichtbar geworden. Sie hätten spätestens zu dieser Landtagssitzung einen Entwurf vorlegen müssen, damit er in dieser Legislatur noch beraten und verabschiedet werden kann. Nun haben wir Ihre Aufgabe übernommen und erwarten nun eine zügige Beratung in den Ausschüssen.“ Und sie forderte mit Nachdruck: „Schaffen Sie nun endlich Klarheit für Eltern, Träger und Kommunen! Und dies nicht durch immer wieder neue Erlasse, wobei der Februar bis heute nicht geklärt ist.“

#Grundeinkommen

Landesprogramm Corona-Hilfen für Kleinstunternehmen

Mit der derzeitigen Überbrückungshilfe III wird erneut Ausfallersatz für Fixkosten bzw. Betriebskosten

für Unternehmen gewährt, die aufgrund der Pandemie schließen mussten. Diese sind für viele Unternehmen nicht ausreichend, um sie dauerhaft vor dem Bankrott zu bewahren. Viele der Unternehmen befinden sich bereits seit letztem Jahr in einer finanziell schwierigen Situation, die durch die verzögerte Auszahlung der November- und Dezemberhilfen verschärft wurde. Inzwischen sind die Rücklagen aufgezehrt. Dazu kommt, dass gerade bei Kleinstunternehmen von einem Lebensunterhalt keine Rede sein kann. Deshalb fordern wir zur Absicherung ein Landesprogramm für Kleinstunternehmen, solange der Bund dies nicht tut. Namens der Fraktion DIE LINKE forderte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kerstin Eisenreich ein Grundeinkommen in Höhe von 1200 Euro, um die Lücke zu schließen. Parallel muss auf Bundesebene erwirkt werden, dass die Überbrückungshilfe III für betroffene Unternehmen erneut Umsatzaufschläge ausgleicht, anstatt entstandener Fixkostendefizite.

#Rechte Gewalt und Rassismus

Beschlussempfehlungen zu unseren Anträgen zeigen exemplarisch die Auseinandersetzung der Regierungskoalition mit rechter und antisemitischer Gewalt

Der Landtag hatte über eine Reihe Beschlussempfehlungen zu entscheiden, die sich mit Rassismus, mit rechter und antisemitischer Gewalt, mit rechtem und antisemitischem Terror und mit dessen Folgen befassen. Diese Beschlussempfehlungen beruhen auf Anträgen der Fraktion DIE LINKE, die darin eine ganze Reihe konkreter Maßnahmen bereits vor dem Anschlag in Halle gefordert, nach dem Anschlag weitere Maßnahmen vorgeschlagen und eine Studie zu Racial Profiling gefordert hatte. Auch die finanzielle Unterstützung für die Nebenkläger*innen im Halle-Prozess hatten wir eingefordert.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecherin Henriette Quade kritisierte in ihrer Rede, dass mal wieder eine Beschlussempfehlung vorliege, in der viel Richtiges stehe, jedoch kaum etwas, das nicht nur lediglich ein schöner Programm-

satz sei, der aber die Situation in diesem Land nicht verändern werde. „Eine ernsthafte Befassung mit unseren umfangreichen und umfangreich begründeten Anträgen hat jedoch über ein Jahr nicht stattgefunden, stattdessen wurde eine solche Beratung im Innenausschuss auf Wunsch der Koalition immer wieder von der Tagesordnung genommen. Das wird der Lage schlichtweg nicht gerecht. Es stärkt die Zivilgesellschaft nicht, sie lediglich auf bestehende, aber nicht ausreichende Fördermöglichkeiten hinzuweisen. Es macht die Strafverfolgung rechts motivierter Straftaten nicht effektiver, wenn das Ministerium nun die einschlägige Richtlinie überarbeiten soll, ohne vorher zu untersuchen - wie wir das gefordert haben -, wie diese bisher in der Praxis umgesetzt wird und wo die Probleme liegen. Es genügt nicht, zu den Beratungsstellen und deren Finanzierung kein Wort zu verlieren.“ Und es sei unehrlich und dem Thema, aber auch der Arbeit im Landtag, nicht angemessen, über ein Jahr keine ernsthafte Beratung stattfinden zu lassen und dass dann mit einer Beschlussempfehlung kassieren zu wollen, die mit dem eigentlichen Antrag nur noch rudimentär zu tun habe. „Leider müssen wir feststellen, dass dieser Umgang mit unserem Antrag nicht die Ausnahme ist, sondern inzwischen die Regel bei dieser Koalition.“, so das Fazit.

#Senioren

Beschlussempfehlung zu zukunftsfähiger Seniorenpolitik bleibt hinter den Erwartungen

Die Fraktion DIE LINKE hatte vor einiger Zeit mit einem Antrag die Landesregierung aufgefordert, das Seniorenpolitische Programm des Landes, das 2020 ausgelaufen ist, weiterzuentwickeln und mit für Seniorinnen und Senioren lebensnahen Maßnahmen zu ergänzen. Diese Maßnahmen sollten im Rahmen der Haushaltsberatungen finanziell untersetzt werden. Mit einem weiteren Antrag forderte die Fraktion die Einsetzung eines Landesseniorenbefragten. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration hat nach abschließender Beratung empfohlen, beide Anträge in der vorliegenden geänderten Fassung anzu-

nehmen.

Die seniorenpolitische Sprecherin Katja Bahlmann kritisierte: „Uns liegt heute eine Beschlussempfehlung mit dem Titel ‚Zukunftsorientierte Seniorenpolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen‘ vor.

Der Titel ist vielversprechend. Der darunter aufgeführte Inhalt der Beschlussempfehlung leider nicht - er ist lediglich von Feststellungen und Bitten geprägt - nichtssagend, denn diese Feststellungen haben wir schon seit Jahrzehnten getroffen.

Die Erwartungen der Senioren werden bei Weitem nicht erfüllt und dieses Papier bleibt ein zahnloser Tiger. ... das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration hat diese Chance vertan.“

Auch der beantragte Landessenorenbeauftragte sei so nicht gewollt. Allerdings gebe es vom Ministerium die Zusage an die Landessenorenvertretung, sie bis zum Ende des Jahres mit einer halben Stelle sowie ab der neuen Haushaltsperiode mit einer vollen Stelle zu unterstützen.

Dazu Katja Bahlmann: „Wir nehmen Sie auch in der nächsten Wahlperiode beim Wort und das lässt für mich an diese Stelle nur das Resümee zu: DIE LINKE wirkt!“

#Fähren

Beteiligung des Landes an den Kosten der landesbedeutsamen Fähren

Fähren werden derzeit nahezu ausschließlich von den Gemeinden betrieben, obgleich sie überwiegend Kreis-, Landes- oder Bundesstraßen miteinander verbinden. Die Betreiber*innen-Kosten bleiben ein Problem von Gemeinden, obwohl die Aufgabe dem Land zugerechnet werden muss. Der mangelnden Betriebswirtschaftlichkeit des Fährbetriebs stehen die touristischen, ökologischen und Nutzer*innen-freundlichen Vorteile gegenüber.

Die Fraktion DIE LINKE hatte in einem ersten Ge-

setzentwurf die Idee entwickelt, die Fähren in die Verantwortung der Bauasträger zu übertragen.

Der für den Landkreis Stendal zuständige Abgeordnete Wulf Gallert sagte in seiner Rede: „Die Umsetzung der ursprünglichen Gesetzesinitiative scheiterte am tatsächlichen Willen der Koalition zur Verbesserung der Situation rund um die landesbedeutsamen Fährverbindungen, aber auch an der Sorge der Städte und Gemeinden, die derzeit Fähren im Land betreiben, dass die Qualität und die Weiterführung der wichtigen Verbindungen perspektivisch durch das Land nicht gesichert wären.“

Der Gesetzentwurf soll diesen Missstand beheben. Laut Landesverkehrswegeplan von 2004 - Teil Binnenschifffahrt, Häfen, Fähren - gibt es im Land 26 Fähren, wobei 13 davon als landesbedeutsam eingestuft sind.

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei den landesbedeutsamen Fähren eine finanzielle Förderung festzulegen.

Wulf Gallert konkretisierte: „DIE LINKE gießt die Ergebnisse der geführten Gespräche jetzt in einen Gesetzentwurf, der für die landesbedeutsamen Fährverbindungen ... gesetzliche Garantien hinsichtlich der finanziellen Beteiligung des Landes festschreibt. Neben der 100-prozentigen Förderung der sogenannten Landrevision - derzeit: maximal 90 Prozent auf Antrag und nicht gesetzlich verbrieft - ist erstmals auch ein 50-prozentiger Betriebskostendefizitausgleich seitens des Landes Bestandteil der Gesetzesinitiative. Die Betreiberkommunen bekommen so Rechtssicherheit und eine finanzielle Planbarkeit.“

Die 13 landesbedeutsamen Fähren, an deren Finanzierung sich das Land beteiligen soll, sind: Aken, Barby, Brachwitz; Breitenhagen, Coswig, Elster, Ferchland, Prettin, Pretzsch, Rogätz, Sandau, Werben und Wettin.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL),

10. Februar 2021

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Februar 2021 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.

Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.